

Initiative für vierwöchigen Vaterschaftsurlaub kommt nicht an Urne

Nachdem sich das Parlament in der Herbstsession für einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub ausgesprochen hat, ziehen die Initianten für einen vierwöchigen Urlaub ihr Volksbegehren zurück. Sie wollen eine längere Elternzeit durchsetzen.



Bild: Julie Johnson/Unsplash

Die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie» war von vier Dachverbänden und über 160 Organisationen eingereicht worden. Es waren Travail.Suisse, männer.ch als Dachverband von Mütter- und Väterorganisationen, Alliance F und Pro Familia Schweiz.

Die vom Parlament beschlossenen zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sind für das Komitee eine «Minimallösung» und ein «längst fälliger Schritt». Die Initiative habe darüber hinaus eine gesellschaftliche Diskussion über Elternzeit, Rollenverteilung und Familienpolitik lanciert, teilten die Initianten zum Entscheid am Mittwoch mit.

Mit dem Rückzug will das Komitee den Weg frei machen für die Diskussion über eine Elternzeit. Sei heute in Leitmedien zu lesen, dass endlich über eine Elternzeit diskutiert werden solle, habe dank der Initiative ein gesamtgesellschaftliches Umdenken stattgefunden, schrieb es.

Per 1. Juli 2020 umsetzen

Das Initiativkomitee fordert vom Bundesrat, die Gesetzesänderung innerhalb von neun Monaten umzusetzen, also per 1. Juli 2020. Väter könnten gemäss dem Parlamentsbeschluss in den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes zwei Wochen bezahlten Urlaub nehmen.

Der Bundesrat muss den Entscheid gegen seinen Willen umsetzen. Er lehnte die Volksinitiative und auch den indirekten Gegenvorschlag ab. Ein Ausbau der familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote für Kinder und ein Betreuungsurlaub für Eltern von schwerkranken Kindern wiesen ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis auf, schrieb er. Wirtschaftsverbände hatten sich in der Vernehmlassung gegen den Vaterschaftsurlaub gestellt. (sda)

Publiziert am Mittwoch, 02. Oktober 2019